

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 17. JUNI 2015
Bekanntgabe im GGR : 30. JUNI 2015



Zug, 16. Juni 2015

Stadtrat
der Stadt Zug
c/o Stadtkanzlei
Stadthaus
6300 Zug

Interpellation:

**Nach dem Nein zum Stadttunnel:
Verkehrskonzept und Stärkung des öffentlichen Verkehrs und
Langsamverkehrs**

Am 14. Juni 2015 verwarf das Stimmvolk vom Kanton Zug die kantonale Vorlage „Stadttunnel Zug mit Zentrum Plus“ mit 62,8% (Stadt Zug 65.9%) klar. Die Lösung der Verkehrsprobleme in der Stadt Zug mit einem Stadttunnel sind nun vom Tisch. Dieser Entscheid öffnet neue Wege zur Verkehrsentslastung und zur Aufwertung der Stadt Zug. Der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr bieten bereits jetzt einen Beitrag zur Entlastung der Zuger Innenstadt. Weitere Massnahmen zur Entlastung der Zuger Innenstadt sind bald an die Hand zu nehmen.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

- Teilt der Stadtrat die Meinung, dass die Ablehnung des Stimmvolkes so interpretiert werden muss, dass die Bevölkerung zwar keinen Stadttunnel wünscht, aber mit dem Status Quo nicht zufrieden ist und neue Lösungen angedacht werden sollen?
- Ist der Stadtrat deshalb bereit, zusammen mit dem Kanton ein Verkehrskonzept auszuarbeiten, welches neue Lösungen für die Verkehrssituation in der Stadt Zug ermöglicht? Welche Konzepte prüft der Stadtrat für Verkehrsentslastungen in der Stadt Zug (neue Verkehrsführung, Riegel, Pfortneranlagen, Road Pricing, Förderung von flexiblen Arbeitszeiten und -orten, Förderung von autofreiem Wohnen und Arbeiten)?
- Ist der Stadtrat bereit, die Kantonsstrassen wie im Rahmen der Umsetzung von ZentrumPlus vorgesehen zu übernehmen, um dort verkehrsberuhigende Massnahmen in die Wege zu leiten?
- Sieht der Stadtrat bereits jetzt Massnahmen (abgesehen von einem Verkehrskonzept), welche bald zu einer Entlastung der Innenstadt führen würden?
- Teilt der Stadtrat die Meinung, dass der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr einen wichtigen Beitrag für die Lösung der Verkehrsbelastung bieten?

- Im Rahmen des regierungsrätlichen Entlastungspakets soll das ÖV-Angebot auf die Fahrplanperiode 2016/2017 massiv abgebaut werden. Betroffen sind rund 15 Buslinien und eine S-Bahnlinie. Ist der Stadtrat bereit sich dafür einzusetzen, dass das vom Kanton finanzierte ÖV-Angebot nicht abgebaut bzw. in der kommenden Fahrplanperiode 2016/2017 das Angebot auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten wird?
- Wie stellt sich der Stadtrat dazu, dass der Regierungsrat die Meinung vertritt, dass die Stadt Zug die abzubauenen Leistungen beim öffentlichen Verkehr selber einkaufen soll?
- Im Moment arbeitet der Stadtrat einen Masterplan „Bike to School“ aus (Motion der Fraktion Alternative-CSP vom 2. September 2014). Teilt der Stadtrat die Meinung, dass es sich lohnt, in die Infrastruktur des Langsamverkehrs zu investieren, um den Anteil dieser Fortbewegungsmittel zu erhöhen?
- Kann sich der Stadtrat vorstellen, sich konkrete Mobilitätsziele mit einer Veränderung des Modalsplits vom motorisierten Individualverkehr hin zu öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr zu setzen (im Hinblick auch auf die Umsetzung der 2000 Watt Gesellschaft)?
- Ist der Stadtrat bereit, mehr Tempo-30- und Wohnstrassen-Zonen einzurichten, vor allem in Wohnquartieren sowie auf Strassen mit hohem Anteil an Langsamverkehr (Schulwege, Einkaufszonen)?

Wir bitten den Stadtrat um schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Für die Fraktion Alternative-CSP


Astrid Estermann


Tabea Zimmermann